



Stetshabender Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr. außerh. incl. Porto 2 Thlr. 25 Sgr. Anzeigengebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 26. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 544. **Mittag-Ausgabe.** Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trevenant. **Mittwoch, den 20. November 1867.**

Deutschland.

A. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 19. November.

3. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 1 1/2 Uhr. Die Tribünen sind fast leer, am Ministerial-Minister v. Schöner. Der Alterspräsident Stabenhausen lässt das Haus nach einigen geschäftlichen Mittheilungen sofort in die Wahlprüfungen eintreten.

Abg. v. Hennig berichtet für die 1. Abtheilung über 6 Wahlen, welche sämmtlich für gültig erklärt werden. Eine Debatte erhebt sich nur bei der Wahl des im 8. schleswig-holsteinischen Wahlbezirk gewählten Rittergutsbesizers Dr. Lutteroth. Gegen diese Wahl ist ein Protest eingelaufen, welcher mit Bezug auf die dänische Verordnung vom Jahre 1767 sowie mit Bezug darauf, daß der Dr. Lutteroth ein geborener Hamburger sei und ein hamburgisches Amt bekleide, die preussische Staatsangehörigkeit desselben leugnet. Die Abtheilung führt jedoch dagegen an, einmal die Aussage des Abg. Lutteroth, daß er zwar Abbotat in Hamburg gewesen sei, diese Stelle aber jetzt nicht mehr bekleide, und daß die Abbotatur in Hamburg gar kein „Amt“ sei, ferner die Aussage des schleswig-holsteinischen Abg. Dr. Franke, daß jene dänische Verordnung, welche allerdings einen besonderen Naturalisations-Akt verlange, einmal nur auf die Erlangung von Aemtern beziehe, so dann aber, daß dieselbe seit langer Zeit nicht mehr praktisch befolgt sei. Hierzu kommt noch, daß der Dr. Lutteroth seit 4 Jahren in Schleswig-Holstein das Amt eines Distriktsdeputirten-Stellvertreters bekleidet. Die Abtheilung hat demgemäß die Staatsangehörigkeit des Dr. Lutteroth angenommen und beantragt die Gültigkeit der Wahl.

Abg. Heise beantragt: die Wahl des Dr. Lutteroth zu beanstanden und eine amtliche Auskunft der Regierung darüber zu erfordern, ob Herr Lutteroth preussischer Staatsangehöriger sei.

Abg. Dr. Walde: Es ist gar kein Grund, in weilläufige Erörterungen darüber einzutreten, ob Herr Lutteroth den Bedingungen der Verordnung von 1767 genügt; denn diese Verordnung bezieht sich nur auf die Erlangung von Aemtern, während das Indigenat durchaus genügend ist, um zur Mitgliedschaft an einer gesetzgebenden Versammlung zu berechtigen.

Abg. Franke wiederholt, daß jene Verordnung nicht mehr in Kraft sei.

Abg. v. Böttcher fragt, ob in den Wahlacten von der Qualifikation des Dr. Lutteroth die Rede sei.

Referent Abg. v. Hennig erwidert, daß allerdings der Wahlcommissarius die Staatsangehörigkeit des Dr. Lutteroth anerkannt habe.

Abg. Vaster warnt vor Annahme des Heise'schen Antrages, da dann die Regierung darüber entscheiden würde, ob Herr Lutteroth Abgeordneter sein soll oder nicht.

Es wird schließlich der Antrag des Abg. Heise verworfen, der der Abtheilung angenommen.

Bei der Wahl des im 10. schleswig-holsteinischen Wahlbezirk gewählten Abg. Lorenzen sind bei den Wahlmännern Unregelmäßigkeiten infolge vorgekommen, als man sich in verschiedenen Fällen über den Begriff der absoluten Majorität unklar gewesen ist. Die Abtheilung beantragt mit Rücksicht darauf 9 Wahlmännern Wahlen, durch die allerdings die Abgeordneten-Wahl nicht alterirt wird, für ungültig zu erklären.

Abg. Graf Eulenburg ist dagegen: das Haus möge sich nur dann auf Kassirung von Urwahlen einlassen, wenn die Abgeordnetenwahl dadurch alterirt werde.

Abg. v. Winde (Minden): das Haus habe gestern nur einen dem heutigen analogen Beschluß gefaßt, es müsse daher heute eben so verfahren.

Die Abg. Graf Schwerin und v. Patow glauben, daß es überhaupt nicht in der Befugnis des Hauses liege, auf die Kassirung von Urwahlen zurückzugehen.

Referent Abg. v. Hennig bemerkt gegen den Abg. Grafen Eulenburg, daß wenn das Haus diese Wahlen nicht kassire, im Falle einer durch Mandatsverletzung oder Tod nöthig gemachten Neuwahl die Regierung gar nicht mehr in der Lage sei, nachträglich die Wahlmännern Wahlen für ungültig zu erklären. Das Haus müsse schon jetzt für solche Fälle sorgen.

Der Antrag der Abtheilung wird angenommen.

Es folgen die Berichte der Referenten der übrigen sechs Abtheilungen, die keine Weiterungen veranlassen. Es sind heute 100, gestern 181 Wahlen für gültig erklärt, im Ganzen also 281, so daß die Wahl des Präsidenten morgen stattfinden kann.

Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tages-Ordnung: Wahl der Präsidenten und Schriftführer.

Berlin, 19. Nov. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat in Veranlassung der Anwesenheit in den hohenzollernischen Landen, den nachbenannten Personen Orden und Ehrenzeichen verliehen: den rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem fürstlich hohenzollernischen Hofkammer-Rath Lasser, dem Bau Rath Lauer, dem Conservator Lehner, dem Leibarzt Sr. königlichen Hoheit des Fürsten zu hohenzollern-Sigmaringen, Hofrath Dr. Koch, und dem geistlichen Rath und Stadtpfarrer Müller zu Sigmaringen; den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse: dem fürstlich hohenzollernischen Hofkammer-Director Stroyel und dem fürstlich hohenzollernischen Kammerherrn von Mayenfisch; sowie den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse: dem Professor Müller zu Düsseldorf; den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: dem fürstlich hohenzollernischen Hof-Jourier Lotza, und das Allgemeine Ehrenzeichen: dem fürstlich hohenzollernischen Schlossverwalter Kaiser.

[Bei dem Bundeskanzler-Amt] sind angestellt worden: als Bureau-Vorsther der Rechnungsrath Kahlke, ferner die Geheimen Registratoren Heise und Wildt, der Geheimen expedirende Secretär Krefler, der Geheimen Registrator und Journalist Knack, die Geheimen expedirenden Secretäre und Calculatoren Wiest und Ende und die Geheimen Canslei-Secretäre Weisner und Sperling.

Bei der lateinischen Schule der Francke'schen Stiftungen zu Halle a. S. ist der Collaborator Frabner zum Oberlehrer befördert und bei der Waisen-Anstalt derselben Stiftungen der Oberlehrer Prediger Paffe zum Inspektor ernannt worden.

○ Berlin, 19. Novbr. [Die Konferenz.] — Das Herrenhaus. — Die Inseratensteuer. — Hossjagden. — Hypothekenordnung. Auf welche Regierungen sich die Aufforderung Frankreichs zu einer Konferenz über die italienischen Angelegenheiten erstreckt, ist noch ein Geheimniß, es scheint indeß von den Großmächten nur die Portie übergegangen; außer den Großmächten ist auch von Schweden, Spanien und der Schweiz die Rede. Von deutschen Staaten sind im Norden Sachsen und im Süden sämmtliche, als Baden, Baiern, Württemberg und das Großherzogthum Hessen aufgeführt. Bis jetzt sind nur Darmstadt, Oesterreich und wie es scheint, auch Spanien auf die Aufforderung eingegangen, die anderen großen europäischen Mächte, als Preußen, England, Rußland, haben dem Vernehmen nach erst ein Programm aufgestellt sehen wollen. Außerdem kann ja eine Beschickung der Konferenz so lange nicht erfolgen, ehe nicht feststeht, ob Italien und der Papst ihre Zustimmung geben. Heute ist gemeldet worden, daß die römische Curie daran festhalte, daß nur von einer Sicherstellung ihres alten Rechtes, nicht aber von Beseitigung werde die Rede sein können. Von Italien ist noch nicht bekannt, daß es sich für eine programmlose Konferenz ausgesprochen hätte. Was aber die Theilnahme der kleinen Staaten betrifft, so würde es doch auf der Konferenz sehr eigenthümlich sein, wenn sie mit den Großmächten eine gleichgewichtige Stimme sollten abgeben können. — Zu den Verurtheilungen für das Herrenhaus aus den neuen Provinzen dürfte es noch von Interesse sein, daß auch das Kronsyndikat durch ein Mitglied aus denselben vermehrt werden wird, nämlich durch den Präsidenten des Oberappellationsgerichts Leonhardt, welcher zum Kronsyndicus ernannt und ins Herrenhaus berufen werden soll. — Gestern haben bekanntlich die Verhandlungen mit hiesigen Pressangehörigen stattgefunden, und bringen die Zeitungen schon das Nähere; jetzt werden nur noch die Stimmen aus den Provinzen zu hören sein, und erwartet

man, daß auch diese sich wohl für die Inseratensteuer erklären werden. Es handelt sich nur darum, genau festzustellen, unter welchen Modalitäten und bis zu welcher Höhe diese Steuer einen Ersatz für die Zeitungseinkommensteuer geben kann, ehe man weiter vorgeht. — Der König wird am 21. d. M., dem Geburtstag der Kronprinzessin, nach Berlin zurückkehren, am 22. nach Kulowen zur Fasanenjagd gehen, diese Jagd am 23. abhalten und an demselben Tage den Heimweg nach Berlin nehmen. — Von den landwirthschaftlichen Kreisen Preußens wird auf Veranlassung der ostpreussischen landwirthschaftlichen Centralstelle eine Petition an die beiden Häuser des Landtages wegen Aenderung der Hypotheken- und Substitutions-Ordnung zur Unterzeichnung in Circulation gesetzt werden. Es wird in derselben das Verlangen gestellt, daß der Landtag die Initiative ergreifen und den Gesetzesvorschlag des Abg. Köppl mit Berücksichtigung des v. Mebing'schen Antrages, sowie der einschlägigen Arbeiten der Minister der Justiz und der Landwirtschaft wieder aufnehmen möge. Als die wesentlich zu ändernden Punkte werden bezeichnet: 1. Abnahme der Hypotheken- (Buch-) Geschäfte von den Gerichten und Uebertragung an besondere Hypothekämter; 2. Vereinfachung sowohl der mit der Beleihung als mit der Cession u. s. w. verbundenen gerichtlichen Handlungen; 3. Verringerung der Kosten derselben für alle Parteien; 4. Vereinfachung und größere Uebersichtlichkeit der Hypothekenscheine und leichtere Uebertragbarkeit von einem Besitzer auf den andern; 5. genauere Führung der Hypothekenbücher nebst Angabe der — eventuell genau zu ermittelnden und karrirrenden — Größe, Grenze, Bestandtheil, Pertinenzen und Preise; 6. Vereinfachung und Befleunigung des Substitutionsverfahrens. — Die Petition ist bereits den Vorständen der landwirthschaftlichen Vereine mit der Aufforderung zugesendet worden, die Vereinsmitglieder schleunigst einzuberufen und zu Unterzeichnungen zu veranlassen, sowie auch zu gleichem Zweck bei anderen Landwirthen hinzuwirken, welche nicht dem Verein angehören.

— Berlin, 19. November. [Die Fraktionen.] — Die Präsidentswahl. Die Fraktionsbildung des Abgeordnetenhauses ist noch durchaus im Werden begriffen, feste Verhältnisse zeigen sich noch in keiner Weise und es bekräftigt sich, daß alle Schätzungen über die Zugehörigkeit neu gewählter Abgeordneter völlig irthümlich waren. Die Verständigung über die morgen vorzunehmende Präsidentswahl macht wegen der großen Anzahl von kleineren Fraktionen viele Schwierigkeiten. Fast mit Einstimmigkeit erschien bis heute die — jedenfalls unzweifelhafte Wahl Forderbeck's zum Präsidenten gesichert; jetzt sind die Conservativen in dieser Beziehung schwankend geworden, weil man aus ihrer Mitte gar keinem Candidaten von Seiten der anderen Fraktionen zustimmen wollte. Die National-Liberalen wie die Linke und die Freiconservativen, sowie die Polen, die Schleswig-Holsteiner, die Clericalen und das linke Centrum, endlich die augenblicklich noch sehr große Zahl der, noch keiner Fraktion angehörenden Mitglieder stimmen für Forderbeck. Für die Stelle des ersten Vicepräsidenten wünscht die Fortschrittspartei Gerverbeck, die conservative Fraktion Arnim-Heinrichsdorf, die National-Liberalen einen Abgeordneten der neuen Provinzen, am liebsten Bennigsen, die Freiconservativen und noch unentschieden, wie sie sich in den folgenden Wahlen verhalten sollen, letztgenannter Fraktion würde man auf liberaler Seite die Concession machen, für den Grafen Bethusy-Huc zu stimmen. Kommt es heute Abend zu keiner Verständigung, namentlich zwischen der Fortschrittspartei und dem linken Centrum, deren Zusammengehen für einen ziemlich großen Kreis von Abgeordneten maßgebend sein würde, so könnte es leicht zu mehrfachen engeren Wahlen kommen, ein Angebots der vermehrten Zahl der Stimmenden sehr zeitraubender Act, der diesem Hause seit einer Reihe von Jahren erspart war. Inzwischen haben sich auch die meisten übrigen Fraktionen constituirt. Die Abg. Gr. Bethusy-Huc, Dechend und Agricola bilden den Vorstand der Freiconservativen; die äußerste Rechte hat den vorjährigen Vorstand (bis auf Vandenburg, der nicht wieder gewählt ist) berufen, die National-Liberalen wählen die Abg. v. Hennig, v. Unruh, Twesten und von Bennigsen provisorisch in den Vorstand, die Polen endlich den Abg. Dr. Eibelt. Was über das Vorhaben des letzteren bei einer eventuellen Adreßdebatte einigen Zeitungen mitgetheilt worden, beruht auf Erfindung. Es war davon in der polnischen Fraktion noch nicht die Rede; dagegen will dieselbe versuchen, die Wahlen derjenigen deutschen Abgeordneten der Provinz Posen, welche mit wenigen Stimmen den polnischen Candidaten beistimmen, anzufechten. — Die gestrige Sitzung der Fortschrittspartei war zahlreich von Clericalen, Schleswig-Holsteinern, früheren Mitgliedern des linken Centrums besucht, welche entschlossen waren, in Bezug auf die Präsidentswahl und die Ueberweisung des Budgets an eine Commission mit der Fortschrittspartei zu gehen.

(O. C.) [Wahlen.] In der 5. Abtheilung ist die Wahl der Abg. Witt (Bogdanowo) und des Landraths-Verweisers v. Tempelhof, beide für den Landkreis Posen und Oberrhein und zwar gerade mit der absoluten Majorität gewählt, angegriffen worden. Der Referent, Graf zu Eulenburg, hatte die Gültigkeit der beiden Wahlen beantragt, aber die Abtheilung beschloß, die Prüfung noch einmal vorzunehmen und dabei auf die Unregelmäßigkeiten zurückzugehen, bei deren Aufstellung Unregelmäßigkeiten vorgefallen sein sollen.

[Die polnische Fraktion] hat sich gestern in einer Stärke von 16 Mitgliedern, die dem Abgeordnetenhause angehören, constituirt. Bekanntlich gehören ihr auch die polnischen Mitglieder des Herrenhauses an, deren etwa 10 existiren. Zum Vorstande dieser combinirten Fraktion wurde Abg. Dr. Eibelt, zu seinem Stellvertreter Graf v. Elassi, Mitglied des Herrenhauses, gewählt. Von einem Antrag bei der etwa bevorstehenden Adreßdebatte, eine Manifestation des Hauses zu Gunsten der Deutschen in Rußland herbeizuführen, ist nicht die Rede.

[Die national-liberale Fraktion] hat sich gestern in einer Stärke von etwa 58 Mitgliedern vorläufig unter ihrem früheren Vorstände (v. Hennig, v. Unruh, Twesten und v. Bennigsen) constituirt. Es wird erwartet, daß noch etwa 30 Mitglieder das Programm der Fraktion unterzeichnen werden.

[Der Abg. v. Forderbeck,] der heute hier eingetroffen ist, wird wahrscheinlich ohne Widerspruch zum ersten Präsidenten des Hauses gewählt werden. Als zweiten Präsidenten werden die Conservativen statt des Herrn von Bennigsen den Abgeordneten v. Arnim-Heinrichsdorf, die Fortschrittspartei und die polnische Fraktion den Abg. v. Gerverbeck aufstellen. Die Fortschrittspartei, das linke Centrum, die Mitglieder der ehemaligen katholischen Fraktion und die schleswig-holsteinischen Abgeordneten hatten gestern Abend eine gemeinsame Besprechung über die Präsidentswahl (wie sie überhaupt durch wechselseitige Zulassung zu ihren Fraktionsitzungen gute Beziehungen untereinander herzustellen und zu pflegen beabsichtigen) und verständigten sich über v. Forderbeck, v. Gerverbeck und Graf Bethusy-Huc. Eine Deputation, bestehend aus Koch, Rohden, Franke und v. Bodum-Dolffs, wurde deshalb an die national-liberale Fraktion abgeschickt. Das Resultat dieser Anfrage ist noch nicht bekannt.

Stettin, 17. Novbr. [Wahlcandidaten.] In einer gestern hier abgehaltenen, vom liberalen Wahlcomité berufenen allgemeinen Wahlmänner-Versammlung wurden folgende Candidaten für die Nachwahl auf die Liste gesetzt: Dr. G. B. Dypenheim in Berlin, Oberlehrer Theodor Schmidt, Rechtsanwalt Lent in Breslau, Commer-

cienrath Brumm in Stettin. Eine spätere Versammlung wird über diese Candidaten beschließen. Der Termin zur Nachwahl ist noch nicht festgesetzt.

Düsseldorf, 18. Nov. [Preßprozeß.] Die Zuchtpolizeikammer hat wegen der am 8. d. verhandelten Anklagen, a. betreffend den Artikel in Nr. 223 der „Rhein. Z.“ (An die Luft) auf Denunciation des Bürgermeisters Rueloff in Elten den Redacteur zu einer Geldstrafe von 25 Thlr. und 10 Thlr. Civilentfähigkeit; b. betreffend das Referat über die Wählerversammlung in Köln in Nr. 210 den Redacteur zu einer Gefängnißstrafe von 4 Wochen, und endlich c. betreffend das Referat über die Wählerversammlung zu Düsseldorf in Nr. 216 den Redacteur zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. In den beiden letzten Fällen hatte das öffentliche Ministerium 10 Tage Gefängniß beantragt. (Rh. Z.)

Hamburg, 17. Novbr. [Die augustenburgische Anleihe.] Vor dem hiesigen Handelsgerichte schwebt gegenwärtig ein anziehender Prozeß. Vor einiger Zeit trat hier auf Veranlassung des Herzogs Friedrich von Augustenburg eine aus bekannten Hamburgischen und Altonaer Persönlichkeiten zusammengesetzte Commission behufs Liquidation der freiwilligen Anleihe Herzog Friedrichs vom 5. Decbr. 1863 zusammen. Von dieser Commission nun ist der hiesige Kaufmann Herr Ferdinand Jacobson auf Herausgabe einer Anzahl Gewehre, die er f. J. für Rechnung des herzoglichen Militär-Departements in Kiel auf Lager genommen hatte, eventuell auf Zahlung des Kaufpreises derselben von 28,000 Thlrn. verklagt worden. Herr Ferdinand Jacobson hat diese Gewehre im vorigen Jahre an die preussische Regierung auf deren Requisition ausgeliefert, sich aber einen Revers ausstellen lassen, daß dieselbe für alle Ansprüche, die wegen dieser Gewehre etwa an ihn gemacht werden möchten, aufkommen wolle. Der Beklagte wird natürlich jetzt die preussische Regierung auffordern, für ihn einzutreten. Gleichzeitig wird sich vielleicht zeigen, ob die preussische Regierung, welche die Werthgegenstände, die zur Deckung jener Anleihe vorhanden waren, an sich genommen hat, es nicht billig findet, nun auch die Anleihe selbst zu tilgen. (Elb. Z.)

Büdingen, 17. Nov. [Majestätsbeleidigung.] Der Schauspieler Wiesner vom hiesigen Stadt-Theater hatte sich in der Vorstellung am 4. November als Darsteller der Titelfigur in „Einer von unsere Leute“ in der Antwort auf des „Schlossermeisters Fräulein“ Wortwurf: „Bei den Juden sei jedoch alles Schwindel“ eine Anspielung auf die Lösung des Verlobnisses des Königs erlaubt. Das im Theater anwesende Publikum gab sein Mißfallen durch laute Ausrufungen kund; die Sache scheint nun aber noch weitere üble Folgen nach sich zu ziehen, denn Herr Wiesner wurde in Folge einer Anklage auf Majestätsbeleidigung vorgestern Abends verhaftet. (W. Anz.)

Stuttgart, 15. Nov. [Abgeordnetenwahl.] Den Versicherungen des „Beobachters“ zum Trost, daß bei der Neuwahl von Abgeordneten nirgendwo ein Mitglied der „deutschen Partei“ zu einem Sitz in der Kammer mehr gelangen werde, ist nach einer telegraphisch hier eingegangenen Nachricht in Rothenburg im Taubergunde Neuer gewählt worden, der ein entschiedener Verfechter des Eintritts Württembergs in den norddeutschen Bund ist. Dies ist um so bemerkenswerther, als gerade die beiden einzigen Abgeordnetenwahlen, welche seit der diesmaligen Session der Kammer stattgefunden, die Reihen der „deutschen Partei“ vermehrt haben, in Rothenburg und Reutlingen. (N.-Z.)

Amerika.

Newyork, 31. Oct. [Zu den Wahlen.] — Präsidentschaftscandidaten. Die Theilnahmlosigkeit der Demokraten, die sich in den Südstaaten allenthalben bei den Wahlen gezeigt — in Georgia ist nach den neuesten Nachrichten die Theilnehmung der Weißen kaum nennenswerth — hat im Norden nach den Erfolgen in Ohio und Pennsylvania der größten Mühseligkeit Platz gemacht. Präsidentschaftscandidaten schießen die Pilze aus: Horatio Seymour in Newyork, Gouverneur Englich in Connecticut, General McClellan an manchen Orten sind neben den bereits früher erwähnten die in Vorschlag gebrachten Persönlichkeiten; General Grant, um den sich Republikaner wie Demokraten bemühen, hat die meisten Aussichten, vermeidet es aber sorgfältig, sich zu einer der beiden Parteien zu erklären.

[Schutzcollagitation.] Das Anlageproject ist für den jetzigen Augenblick wieder bedeutend in den Hintergrund getreten, dagegen regt sich aber wieder für die bevorstehende Congresssitzung die Schutzcollagitation. Eine Versammlung von Fabrikanten, die am 22. in Philadelphia tagte, beschloß ihren ganzen Einfluß auf den Congress anzuwenden, um entweder den Tarif zu erhöhen oder die Besteuerung der Landeindustrie zu entfernen, da es nur auf diese Weise möglich, mit dem geringeren Preise von Arbeit und Capital in Europa, besonders in Genuen, zu concurriren.

[An gefällten 7-30-Noten] sind bis jetzt 1,100,000 Dollar entbedt worden und hat eines der permanenten Congress-Comités gegen das Münzbureau, dem dieselben nach der vox populi entstammen sollen, Untersuchung eingeleitet.

Newyork, 2. Nov. [Zu den Wahlen.] — Furcht vor einem Negeraufstand. Nach Briefen aus den Südstaaten nehmen die Wahlen in Georgia ihren ruhigen Fortgang. Die Conservativen begünstigen sich, gegen General Pope's Befehl zur Verlängerung des Wahltermins zu protestiren. Uebrigens ist diese Ruhe keineswegs eine allgemeine. Die Führer der republikanischen Partei lassen sich von ihrem Correspondenten im Süden über Gemüthsstimmungen der Weißen gegen die Farbigen berichten und betonen die Nothwendigkeit einer farbigen Miliz. Auf der anderen Seite dagegen giebt man sich den Anschein, als stiehe ein Negeraufstand zu erwarten und bei der nächsten Cabinetssitzung soll eine Verstärkung der Militärmacht im Süden angeordnet und den Districtcommandeuren Befehl erteilt werden, die Bewaffnung der Farbigen zu verhindern.

[Zu Betreff der Notenfälschung] heißt es jetzt wieder, nach dem Entschieden der Polizei reduciere sich dieselbe auf 150,000 Dollar.

[Die Schutzcollagitation] haben zur Verstärkung der Agitation auf den 18. December nach Cleveland (Ohio) einen allgemeinen Fabrikantentag ausgeschrieben.

[Schenkungen an Schulen.] Während des Jahres 1866 sind an amerikanischen Schulen und Bildungsanstalten außerordentlich reiche Schenkungen gemacht worden. Cornell University in Newyork erhielt 760,000 Doll., Harvard University bei Boston 400,000 Doll., Tufts College, Massachusetts, 300,000 Doll., Yale College in New Haven 208,000 Doll., Baldwin University in Ohio 108,000 Doll., Dickinson College, Pennsylvania 100,000 Doll., Chicago University 100,000 Doll., Washington University in St. Louis, Missouri, 100,000 Doll., im Ganzen 3,041,000 Doll.

